



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 06.02.2013, 17:06 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Bericht Bedarf an stationären Pflegeplätzen im
Landkreis Ludwigsburg

Vorl.Nr. 031/13

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 031/13 und führt einleitend in den Sachverhalt ein.

Die Leiterin des Kompetenzzentrums Senioren, Frau Heike **Dierbach** (Landratsamt Ludwigsburg), berichtet anhand einer Powerpoint-Präsentation zur Versorgung im Pflegebereich und erläutert ausführlich die Inhalte des dem Gremium vorliegenden Entwurf des Kreispflegeplans.

In der nachfolgenden Aussprache weist Stadtrat **Meyer** auf die schwierige Planbarkeit bei der Kurzzeitpflege hin. Man sei beispielsweise mit Kurzfristentlassungen der Kliniken konfrontiert. Außerdem seien wohl die Plätze bei den Kostenträgern kontingentiert. Beim stationären Bereich sei eine hohe Attraktivität der großen Städte bemerkbar und dementsprechend ein großer Bedarf zu verzeichnen, insbesondere sehe man in Obweil einen solchen Bedarf. Des Weiteren müsse die Stadt das Angebot an Tagespflege im Blick behalten.

Stadtrat **Dr. Bohn** sieht in der Kurzzeitpflege einen ganz wichtigen Punkt. Denn die Alternative sei die Pflege im stationären Bereich. Man sei auch vom Mangel an Pflegekräften betroffen, die seiner Meinung nach zu schlecht bezahlt würden. Insgesamt stehe man in Ludwigsburg im Vergleich mit anderen Städten nicht schlecht da, dennoch werde Ludwigsburg Verbesserungsmaßnahmen weiter begleiten.

Stadtrat **Glasbrenner** weist darauf hin, dass Nachsteuerungen grundsätzlich auch ein finanzielles und wirtschaftliches Problem darstellten. Es bestehe ein Überbedarf an Dauerpflegeplätzen, wenn man die dezentrale Systematik beibehalten wolle. Die Stadtteile, wie bisher, zu stärken, halte man für vernünftig. Man sei froh, dass es viele Träger gebe, die der Stadt einiges an Arbeit abnähmen. Insgesamt sei Ludwigsburg auf einem guten Weg.

Stadträtin **Klett-Heuchert** hält insbesondere den Ausbau der ambulanten Pflegewohngemeinschaften für wichtig. Zukunftsträchtige Aufgabe der Stadt könne sein, dafür Sorge zu tragen, dass frühzeitig solche Gemeinschaften entstehen können und das gemeinsame Wohnen frühzeitig erlernt werde. Sie appelliert, aufgrund der sich verändernden Gesellschaft in diesem Bereich dringend etwas zu verändern.

Stadtrat **Heer** sieht als wichtigste Punkte insbesondere den Bereich der Pflegewohngemeinschaften, der Kurzzeitpflege, der Planung dezentraler Einheiten, das Akquirieren von Pflegekräften und den Finanzierungsaspekt. Seiner Fraktion fehle in der Statistik die Belegungsquote. Insgesamt sei die Stadt Ludwigsburg gut aufgestellt. Das Angebot von

Pflegewohngemeinschaften könnte eine Aufgabe der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH darstellen.

Stadträtin **Lange** regt an, sich vermehrt mit der Thematik der Kurzzeitpflegeplätze zu beschäftigen, da diese quasi eine Dunkelziffer und nicht verlässliche Größe für die Heime darstellten.

Auf Anfrage von Stadträtin **Kopf** erläutert Frau **Dierbach** das Thema kultursensible Pflegearbeit und Integration verschiedenster Kulturen. Das Personal sowohl im stationären als auch ambulanten Bereich der Pflege sei ein großes Thema, eine abschließende Antwort nach langfristigen Lösungen sei derzeit nicht möglich.

Auf eine Wortmeldung von Stadtrat **Dr. Vierling** eingehend verweist EBM **Seigfried** abschließend auf das Themenfeld „Nachbarschaftliche Strukturen“ aus der Zukunftskonferenz und der damit aufgeworfenen Fragen und auf die am 12.04.2013 stattfindende Seniorenkonferenz.

TOP 2 **Seniorenbüro "Demenz-Talk"**
 - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Nach kurzer Einleitung durch EBM **Seigfried** berichtet Frau **Kerkhoff** (FB Bürgerschaftliches Engagement) zum Themenbereich Seniorenbüro „Demenz-Talk“ und Zielsetzung der Kampagnen. In Ludwigsburg sei etwa 2 % der Bevölkerung von Demenz betroffen.

In der nachfolgenden Aussprache spricht Stadtrat **Meyer** insbesondere die Verbesserung der Beratung und Begleitung der Betroffenen und das Thema der Schaffung von dezentralen Anlaufstellen an.

Stadtrat **Daferner** hält es für wichtig, das bisher aufgebaute Netzwerk weiter auszubauen und zu vertiefen.

Stadtrat **Glasbrenner** merkt an, es sei gut, dass sich insbesondere die kirchlichen Träger dieser Thematik angenommen hätten.

Im Rahmen der Aussprache wird dabei seitens des Gremiums insgesamt der Wunsch an die Verwaltung zum Ausdruck gebracht, das Thema strukturell aufzubereiten und in einer schriftlichen Information zusammenzufassen.

EBM **Seigfried** sagt zu, dass dieses aktuelle Thema in geeigneter Weise wieder aufgegriffen werde.

Beratungsverlauf:

Nach einleitenden Ausführungen verweist EBM **Seigfried** auf die nun vorliegenden Evaluationsergebnisse des Landesprogramms „Kontaktstelle Frau und Beruf“.

Frau **Wiest** (FB Bildung, Familie, Sport, Beratungsstelle Frau und Beruf) stellt nachfolgend das Ergebnis der Evaluationserhebungen anhand einer Powerpoint-Präsentation vor und geht dabei im Besonderen auf Zielsetzung, Verfahren, Ergebnisse sowie Handlungsempfehlungen der Prognos AG ein.

Fortführend geht Frau **Funke** (FB Bildung, Familie, Sport, Beratungsstelle Frau und Beruf) erläuternd auf die Zielgruppe der Wiedereinsteigerinnen und Strategien und Maßnahmen für deren Einstieg ein. Sie erläutert weiterhin das Vorgehen in Bezug auf weitere Zielgruppen mit hohem Informations- und Beratungsbedarf, wie beispielsweise Mädchen und Frauen unter 25 Jahren.

Zum Themenfeld der Kooperation mit der Wirtschaft berichtet Frau **Wiest** im Anschluss bezüglich des Zugangs zu Betrieben und Unternehmen im Sinne von Wissenstransfer. Abschließend gibt sie einen Ausblick über die Angebotspalette 2013.

In der nachfolgenden Aussprache bringt Stadträtin **Kopf** die Wichtigkeit der Kontaktstelle Frau und Beruf zum Ausdruck. Ihre Fraktion stehe hinter der Stelle und man sei froh, Frau Funke und Frau Wiest als Beraterinnen zu haben.

Stadtrat **von Stackelberg** betrachtet die Kontaktstelle als wichtige Schnittstelle in unserer Gesellschaft. Die Rückqualifizierung in den Beruf stelle ein wichtiges Thema dar. Seine Fraktion würde gerne schriftlich Kennzahlen erhalten.

Stadträtin **Moersch** erklärt im Namen ihrer Fraktion, dass man Informationen und auch einen schriftlichen Bericht gerne bereits vor der Sitzung gehabt hätte. Wichtig sei, dass in erster Linie auch diejenigen unterstützt würden, für die Ludwigsburg finanzielle Mittel zur Verfügung stellt. Sie übermittelt seitens ihrer Fraktion die Zustimmung und Anerkennung zur Arbeit.

Stadträtin **Steinwand** hält es für wichtig, insbesondere Frauen zu unterstützen. Sie weist auf die gute Netzwerkarbeit, vor allem auch im Bereich Jugend, hin.

Stadtrat **Heer** sagt im Namen seiner Fraktion, insbesondere mit Blick auf die gute qualitative Arbeit, die weitere Unterstützung der Ludwigsburger Beratungsstelle zu.

Frau **Funke** und Frau **Wiest** gehen abschließend auf offene Fragen aus der Mitte des Gremiums ein.

Im Rahmen der Beratung wird seitens des Gremiums der Wunsch nach weiteren Informationen, insbesondere auch in Bezug auf Fallzahlen, wie viel Beratungsgespräche geführt wurden und welche Erfolge zu verzeichnen seien, in Form eines schriftlichen Berichts, zum Ausdruck gebracht.

Dies wird von EBM **Seigfried** zugesagt.

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 486/12 und erläutert kurz die Situation und einige Überlegungen zu verschiedenen Räumlichkeiten.

Stadtrat **Kromer** weist auf den Antrag der CDU-Fraktion vom 08.02.2011, Vorl.Nr. 066/11 hin, der nun zwei Jahre alt sei. Aus der vorliegenden Mitteilungsvorlage sei kein akzeptabler Vorschlag zu erkennen. Man sei enttäuscht und sehe das Anliegen der CDU eines angemessenen, würdigen Trauraums als nicht erledigt an. Seine Fraktion erwarte eine qualifizierte Ergänzung.

EBM **Seigfried** berichtet, dass man sich mit vielen Fragestellungen auseinandergesetzt habe, ohne diese alle in die Vorlage aufzunehmen. Es gelte, Maßnahmen zu ergreifen, die wirtschaftlich vertretbar seien.

Aus der Sicht von Stadtrat **Dr. Bohn** handle es sich um eine völlig unzureichende Situation. Der Raum in der Oberen Marktstraße sei nicht diskutierbar. Seine Fraktion ermuntere die Verwaltung, weiter nach einer Lösung zu suchen.

Nach Meinung von Stadtrat **Glasbrenner** sollten Trauungen ausschließlich im Rathaus stattfinden. Man bitte dringend, im Rathaus eine Lösung zu suchen.

Stadtrat **Heer** plädiert dafür, den Sitzungssaal im Rathaus für Trauungen zu verwenden.

Im Rahmen der Aussprache wird seitens des Gremiums allgemein die Unzufriedenheit mit der bestehenden Situation zum Ausdruck gebracht. Es findet im Gremium eine Diskussion in Bezug auf Möglichkeiten und eventuelle Alternativen statt. Das Thema solle von der Verwaltung nochmals untersucht und konkrete weitere Lösungsvorschläge unterbreitet werden.

Als Ergebnis der Beratung sagt EBM **Seigfried** zu, dass die Thematik seitens der Verwaltung als Auftrag nochmals mitgenommen werde. Er weist abschließend darauf hin, dass der große überwiegende Anteil der Trauungen in einem sehr guten Ambiente stattfinde.

Beratungsverlauf:

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 08.02.2011, Vorl.Nr. 066/11 ist nach Beratung aus Sicht der CDU-Fraktion noch nicht erledigt. Das Thema solle seitens der Verwaltung nochmals mitgenommen und konkrete weitere Lösungsvorschläge unterbreitet werden.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4, Vorl.Nr. 486/12.

Beschluss:

1. Das Referat Nachhaltige Stadtentwicklung wird ermächtigt, die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH für die Durchführung von Mietergesprächen mit allen betroffenen Haushalten auf den so genannten „BIMA-Flächen“ (Flurstücke Ludwigsburg Nr. 1929/1, /2, /3, /4, /5, /6, /9) in Grünbühl-Sonnenberg mit bis zu 63.784,- € zu fördern.
2. Die Förderung gilt unter dem Vorbehalt, dass die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH Eigentümerin der betroffenen Flächen wird.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat von Stackelberg (privat verhindert)

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beratungsunterlagen.

Herr **Scheuermann** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) erläutert die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 007/13. Der erwähnte Vertrag sei unter Vorbehalt der Entscheidung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales abgeschlossen worden. Er erläutert einige Fragestellungen und die Durchführung der Befragung. Er gehe davon aus, dass man bis Mai 2013 einen Überblick haben werde.

EBM **Seigfried** betont, bei der Befragung gehe es darum, herauszufinden, was die Mieterinnen und Mieter für einen Bedarf haben. Im Sachzusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt liege ein Antrag von Stadträtin Lange vor.

Stadträtin **Lange** erläutert daraufhin ihren Antrag vom 04.02.2013, Vorl.Nr. 040/13.

In der nachfolgenden Aussprache führt Stadträtin **Kopf** aus, Ansinnen sei nicht, die Menschen zu vertreiben. In Grünbühl gebe es einfache Wohnungen für kleine Einkommen. Vor diesem Hintergrund müsse man die Befragung durchführen. Ziel sei, die Sozialstruktur in Grünbühl zu stabilisieren. Auf Ängste der Betroffenen vor der Stadt aufmerksam machend schlägt sie vor, die Befragung durch die Stadt oder die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH selbst durchzuführen und Vertrauen aufzubauen.

EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass in der Verwaltung kein entsprechendes Know-how vorhanden sei, weshalb die Befragung vom Büro Weeber + Partner durchgeführt werden solle.

Stadtrat **Dr. Bohn** sieht den richtigen Weg darin, die Betroffenen von Anfang an mit einzubeziehen. Die Leute wohnten dort teilweise seit Jahrzehnten und wüssten nicht was passiert. Bleibewünsche müssten berücksichtigt werden, es dürfe kein Vertreibungsprogramm geben. Jeder

Bewohner, der in Grünbühl bleiben wolle, müsse ein entsprechendes Angebot erhalten. Er befürworte die Befragung durch einen Dritten, der die Arbeit neutral durchführen könne.

Stadtrat **Glasbrenner** verweist auf die Entstehungsgeschichte der betroffenen Wohnungen und Häuser. Nachdem noch nicht sicher sei, wann die Wohnungsbau Ludwigsburg Eigentümerin der Wohnungen werde, verstehe er die Eile nicht. Er plädiert dafür, das Thema besonnen anzugehen.

Stadtrat **Dr. Vierling** weist darauf hin, dass die allermeisten der 420 betroffenen Menschen aus den BIMA-Gebäuden auch in dem Areal wohnen bleiben möchten. Deshalb wünsche er sich, dass die Betroffenen eng in die Entscheidung mit einbezogen werden. Es stelle sich die Frage, wie alternative Angebote geschaffen werden könnten.

Stadtrat **Heer** sieht in der Befragung den einzigen Weg, den Ängsten der Bevölkerung mit einer Bürgerbeteiligung im direkten Sinne zu begegnen. Es sei Aufgabe der Stadt, den Wunsch der Bleibe-Willigen zu berücksichtigen.

EBM **Seigfried** erläutert die Zusammenhänge. Es gehe darum, den Menschen einen Rahmen zu schaffen, dass sie in Grünbühl bleiben können. Diesen Rahmen gelte es, behutsam zu schaffen und Ängste zu nehmen. Die intensive Befragung solle den Handlungsspielraum klären und sei ergebnisoffen.

Herr **Gebler** (Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH) berichtet nachfolgend über den Stand der Kaufverhandlungen und den Umfang von vorhandenem Ersatzwohnraum. Man wolle bei dem heutigen Kenntnisstand keine Zeit verlieren, weshalb man sich für eine Befragung vor Abschluss der Kaufverhandlungen entschlossen habe. Er geht des Weiteren auf offene Fragestellungen aus der Mitte des Gremiums ein.

Nach weiterer Aussprache stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 007/13 abschließend im Gremium zur Abstimmung.

TOP 5.1

Gespräche mit den Mietparteien in den BIMA-Gebäuden
- Antrag der Stadträtin Lange vom 04.02.2013

Vorl.Nr. 040/13

Beratungsverlauf:

Der dem Gremium im Sachzusammenhang mit Tagesordnungspunkt 5 als Tischvorlage vorliegende Antrag von Stadträtin Lange vom 04.02.2013, Vorl.Nr. 040/13 ist mit Beratung im Gremium und Beschlussfassung über die vorliegende Vorlage Nr. 007/13 der Verwaltung erledigt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5, Vorl.Nr. 007/13.

Beschlussempfehlung:

Die Zuwendungen

1. der Robert Bosch Stiftung mit 11.300,- EUR (Ifd. Nr. 3) und 6.700,- EUR (Ifd. Nr. 7)
2. der Paul Lechler Stiftung mit 25.000,- EUR (Ifd. Nr. 2) und 25.000,- EUR (Ifd. Nr. 8)
3. der Robert Bosch Stiftung mit 73.200,- EUR (Ifd. Nr. 4) und 20.000,- EUR (Ifd. Nr. 5)
4. der Stiftung Mercator mit 10.000,- EUR (Ifd. Nr. 82)
5. der Volksbank Ludwigsburg mit 15.000,- EUR (Ifd. Nr. 112)

werden angenommen.

6. Alle weiteren in der Anlage zur Vorl.Nr. 020/13 aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen bis 5.000,- EUR werden gesammelt angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat von Stackelberg (privat verhindert)
Stadtrat Meyer (befangen)

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Meyer** erklärt sich befangen gemäß § 18 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg. Er verlässt zudem den Sitzungsraum. An der Beratung und Beschlussfassung nimmt er nicht teil.

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 020/13.

Es wird seitens des Gremiums weder ein Sachvortrag gewünscht noch findet eine Aussprache statt.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 020/13 im Gremium zur Abstimmung.